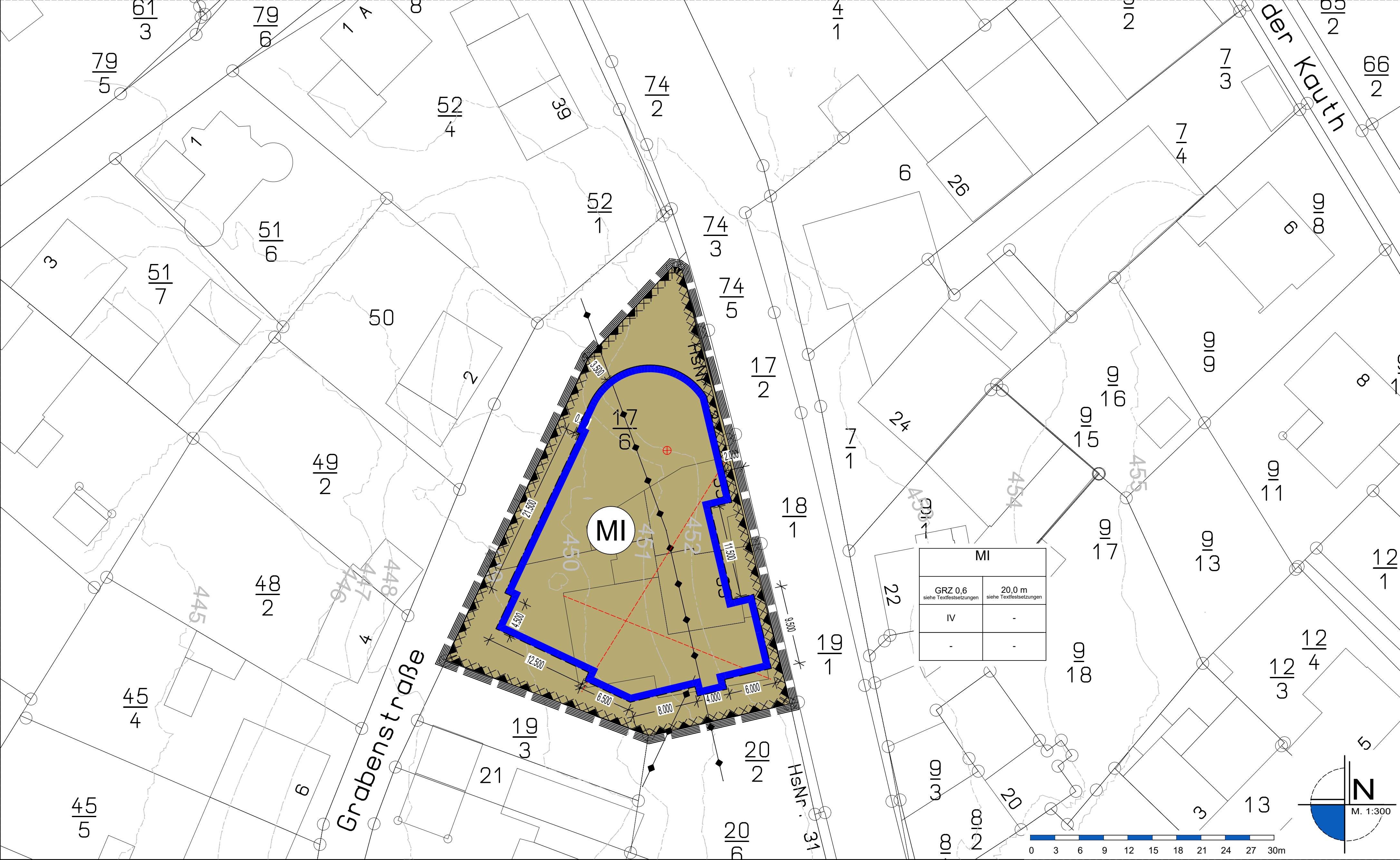
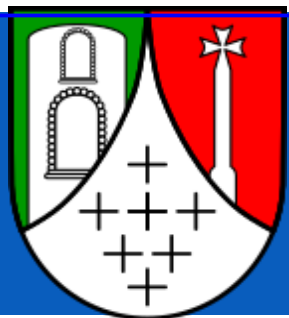


Ortsgemeinde Büchel

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Seniorenresidenz Alte Post"



Nutzungsschablone (Beispiel)

| | |
|--------------------------------------|---|
| Art der baulichen Nutzung | MI |
| Grundflächenzahl als Höchstmaß | GRZ 0,6 siehe Textfestsetzungen |
| Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß | IV |
| Gebäudehöhe als Höchstmaß | 20,0 m siehe Textfestsetzungen |
| | 20,0 m |
| | Maßbezugs punkt der festgesetzten geplanten NN-Höhe 452,0 m |

Verfahrensvermerke

| | | |
|--|--|--|
| Änderungs-/ Aufstellungsbeschluss <p>Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Büchel hat in seiner Sitzung vom 18.12.2024 die Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Seniorenresidenz Alte Post“ vom Grundsatz her beschlossen.</p> <p>Die Entwurfsfassung für das Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde vom Gemeinderat gebilligt.</p> <p>Büchel, den 01.12.2025</p> <p>gez. Pflitzer Tino Pflitzer, Ortsbürgermeister</p> | Vorgezogene Bürgerbeteiligung und Anhörung der Träger öffentlicher Belange <p>Die vorgezogene Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 und die Anhörung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte mit Schreiben vom 10.03.2025, die Bekanntmachung im Mitteilungsblatt am 15.03.2025 und die Bekanntmachung im Internet am 10.03.2025 in der Gelegenheit zur Stellungnahme bis einschließlich 25.04.2025 gegeben wurde.</p> <p>Über die eingegangenen Anregungen wurde in der Gemeinderatsitzung vom 30.06.2025 beraten und beschlossen. Ferner beschloss der Gemeinderat die öffentliche Auslegung des Planentwurfes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.</p> <p>Büchel, den 01.12.2025</p> <p>gez. Pflitzer Tino Pflitzer, Ortsbürgermeister</p> | Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB <p>Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Textfestsetzungen hat mit der Begründung und den wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom 04.08.2025 bis einschließlich 05.09.2025 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen. Ort und Dauer der Auslegung wurden im Mitteilungsblatt am 22.07.2025 und im Internet am 26.07.2025 bekannt gemacht mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.</p> <p>Die Anhörung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB erfolgte mit Schreiben vom 22.07.2025.</p> <p>Der Gemeinderat hat über die eingegangenen Stellungnahmen in seiner Sitzung am 24.09.2025 beraten.</p> <p>Büchel, den 01.12.2025</p> <p>gez. Pflitzer Tino Pflitzer, Ortsbürgermeister</p> |
| Satzungsbeschluss <p>Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Büchel beschloss am 25.11.2025 den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Seniorenresidenz Alte Post“ gemäß § 10 Abs. 1 BauGB, § 88 Abs. 1 LBauO in Verbindung mit § 24 GemO als</p> <p>S a t z u n g.</p> <p>Büchel, den 01.12.2025</p> <p>gez. Pflitzer Tino Pflitzer, Ortsbürgermeister</p> | Ausfertigung und Anordnung der Bekanntmachung <p>Der textliche und zeichnerische Teil dieser Satzung stimmt mit dem Willen der Ortsgemeinde Büchel überein. Das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren wurde eingehalten. Dies wird hiermit beurkundet.</p> <p>Die ortsübliche Bekanntmachung wird nach Maßgabe des § 10 Abs. 3 BauGB angeordnet.</p> <p>Büchel, den 01.12.2025</p> <p>gez. Pflitzer Tino Pflitzer, Ortsbürgermeister</p> | Bekanntmachung/In-Kraft-Treten <p>Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan „Seniorenresidenz Alte Post“ ist am 13.12.2025 ortsüblich bekannt gemacht worden mit dem Hinweis, dass die Satzung mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht bereitgehalten wird.</p> <p>Mit dieser Bekanntmachung wurde die Satzung rechtsverbindlich.</p> <p>Büchel, den 16.12.2025</p> <p>gez. Pflitzer Tino Pflitzer, Ortsbürgermeister</p> |

Legende

| |
|--|
| Art der baulichen Nutzung <p>§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 11 BauNVO</p> <p>§6 BauNVO</p> <p>MI Mischgebiete</p> <p>Bauweise, Baulinien, Baugrenzen<p>§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO</p><p>§ 4 BauNVO</p><p>Baugrenze</p><p>Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen<p>§9 Abs. 1 Nr.13 und Abs.6 BauGB</p><p>oberirdisch</p><p>Sonstige Planzeichen<p>Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)</p><p>§5 Abs.2 Nr.6 und Abs.4 und §9 Abs.1 Nr.24 und Abs.6 BauGB</p><p>Nutzungsbeschränkung oder Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen Lärmgebietsbereich V</p><p>§9 Abs.5 Nr.1, 2 und Abs.6 BauGB</p><p>Flächen, bei denen besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen/Naturgewalten (Starkregengefährdung) erforderlich sind.</p><p>Sonstige Darstellungen<p>Maßbezugs punkt der festgesetzten geplanten NN-Höhe</p><p>Flurstücksgrenze laut Kataster Flurstücksnummer laut Kataster</p><p>Bemaßung</p><p>Gebäude laut Kataster</p><p>Höhenlinie</p><p>Abriss</p></p></p></p></p> |
|--|

Textfestsetzungen

- A. Planungsrechtliche Festsetzungen**
- 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 (2) (5) und (6) BauNVO)**
Im Vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist als Art der baulichen Nutzung ein **Mischgebiet** gemäß § 6 BauNVO i.V. mit § 1 Abs. 5 und 6 BauNVO
- Allgemein zulässig sind
- Wohngebäude,
 - Geschäfts- und Bürogebäude,
 - Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
 - Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale gesundheitliche und sportliche Zwecke,
 - Sonstige Gewerbebetriebe.
- Nicht zulässig sind
- Gartenbaubetriebe,
 - Tankstellen,
 - Vergnügungstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 in den Teilen des Gebiets, die überwiegend durch gewerbliche Nutzungen geprägt sind.
- Ausnahme weise zulässig sind
- Sonstige Gewerbebetriebe.
- 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 16 bis 21 BauNVO)**
Im Vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist die Zahl der Vollgeschosse mit **Z = IV** festgesetzt.
- Höhe baulicher Anlagen
Teilbereich MI: 20,00 m
Die Gebäudehöhe (GH) im MI ist definiert als das Abstandsmaß von der in der Planurkunde festgesetzten geplanten NN-Höhe (452,00 m, siehe Planzeichnung) bis Oberkante First. Die Gebäudehöhe darf 472,00 m ü. NN nicht überschreiten.
Es gelten folgende Gebäudehöhen über NN:
- | Zuordnung | Festgelegte NN-Höhe | max. Gebäudehöhe GH über NN |
|-----------|---------------------|-----------------------------|
| MI | 452,00 m | 472,00 m |
- 3. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 (3) BauNVO)**
Die überbaubaren Grundstücksflächen werden entsprechend der Planzeichnung durch Baugrenzen gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO bestimmt.
Die Grundflächenzahl (GRZ) ist auf 0,6 festgesetzt. Die Grundflächenzahl darf durch die Grundflächen von Nebenanlagen im Sinne des § 14, Garagen und Stellplätze mit ihren Zufahrten, baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche bis höchstens zu einer Grundflächenzahl von 0,85 überschritten.
- 4. Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen mit ihren Einfahrten (§ 9 (1) Nr. 4 i.V.m. §§ 12 (6) und 23 (6) BauNVO)**
Garagen, Stellplätze und Nebenanlagen i.S.d. § 14 BauNVO sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig. Die Garagenvorderkante muss einen Mindestabstand von 5,0 m zur Straßenbegrenzungslinie einhalten, sofern die Garageneinfahrt direkt zur Straße führt. Garagensiebelwände können in einem Abstand von mind. 1,50 m zur Straßenbegrenzung errichtet werden, sofern die Garageneinfahrt innerhalb der eigenen Hoffläche erfolgt. Ein Abstand von 5,0 m zur Straßenbegrenzungslinie ist jedoch immer einzuhalten.
Nicht überdachte Stellplätze sind auch im Bereich zwischen Straßenbegrenzungslinie und überbaubarer Fläche (ohne Abstand zur Straßenbegrenzungslinie) zulässig.
- 5. Nebenanlagen § 14 BauNVO**
Nebenanlagen sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen gemäß § 23 Abs. 5 BauNVO zulässig.
- 6. Vermeidungs-, Schutz- und Kompensationsmaßnahmen**
Im o.a. Planungsraum gelten folgende Vermeidungs- und Schutzmaßnahmen:
- VSM 1: Sachgemäßer Umgang mit wassergefährdenden Stoffen**
Während der Baumaßnahme ist darauf zu achten, dass wassergefährdende Stoffe (Öle, Diesel, Fette, etc.) nicht in den Boden bzw. in das Gewässer gelangen.
- VSM 2: Räumung von Überschussmassen auf eine zugelassene Lagerstätte**
Die bei der Bebauung anfallenden Überschussmassen sind nach Abschluss ordnungsgemäß zu entsorgen, um weitere Verdichtungen im Planungsraum zu vermeiden.

- Herstellung von Pflanzungen**
Bei allen Pflanzungen ist die DIN 18 916 „Vegetationstechnik im Landschaftsbau: Pflanzen und Pflanzarbeiten“ zu beachten.
- 7. Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes sowie die zum Schutz vor solchen Einwirkungen oder zur Vermeidung oder Beseitigung solcher Einwirkungen zu treffenden baulichen und sonstigen technischen Vorkehrungen, einschließlich von Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BAUGB)**
Innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplans werden für die Dimensionierung der erforderlichen Luftschalldämmung von Außenbauteilen Lärmpegelbereiche (V) festgesetzt. Bei Errichtung von Gebäuden mit schutzbedürftigen Aufenthaltsräumen innerhalb der Baugrenzen, für die Lärmpegelbereiche angegeben sind, sind zum Schutz vor Außenlärm für Außenbauteile von Aufenthaltsräumen die Anforderungen der Luftschalldämmung nach DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“ einzuhalten. Die erforderlichen resultierenden Schalldämm-Maße der Außenbauteile ergeben sich nach DIN 4109 aus den in der Planzeichnung dargestellten Lärmpegelbereichen. Nach außen abschließende Bauteile von schutzbedürftigen Räumen sind so auszuführen, dass sie die erforderlichen resultierenden Schalldämm-Maße aufweisen.
Die erforderlichen Schalldämm-Maße sind in Abhängigkeit von der Raumnutzungsart und Raumgeometrie im Baugenehmigungsverfahren auf Basis der DIN 4109 nachzuweisen. Es können Ausnahmen von den getroffenen Festsetzungen zugelassen werden, soweit nachgewiesen wird, dass geringere Schalldämm-Maße erforderlich sind.
Die Nachweiseführung hat im Rahmen der Bauausführung auf Grundlage der DIN 4109 zu erfolgen. Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Errichtung von baulichen Anlagen in einem Lärmschutzbereich die Schallschutzanforderungen der „Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm (Flugplatz-Schallschutzmaßnahmenverordnung - 2. Flugl.SV)“ einzuhalten sind.
Auf Grund der Lage des Plangebietes zum Flugplatz Büchel ist mit Lärm- und Abgas-Emissionen durch den militärischen Flugbetrieb zu rechnen. Spätere Ersatzansprüche gegen die Bundeswehr können aufgrund dieses frühzeitigen Hinweises, nicht anerkannt werden.
Auch muss sichergestellt sein, dass die umgebende Gebiets-einstufung als Mischgebiet auch für die Seniorenresidenz dauerhaft beibehalten wird. Es dürfen die am Ort des Bauvorhabens derzeit geltenden Grenzwerte nach TA-Lärm (6.1 d) von 60 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts weder durch das Bauvorhaben noch durch die spätere Nutzung reduziert werden.
- D. HINWEISE AUF SONSTIGE GELTENDE VORSCHRIFTEN SOWIE RICHTLINIEN**
- Für die Abwicklung der Bauarbeiten gilt die DIN 18920 'Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen'.
 - Für die Bepflanzung der öffentlichen und privaten Flächen ist der elfte Abschnitt des Nachbarrechtsgesetzes für Rheinland-Pfalz 'Grenzabstände für Pflanzen' zu beachten.
 - Bezüglich einzuhaltender Abstände zwischen Baumpflanzungen und Versorgungsleitungen sind die Vorgaben aus folgenden Merkblättern zu berücksichtigen:
 - 'Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen' der Forschungsanstalt für Straßen- und Verkehrswesen,
 - 'Merkblatt zum Schutz unterirdischer Leitungen',
 - 'Merkblatt im Bereich von Versorgungsleitungen in öffentlichen und privaten Grundstücken',
 - Arbeitsausschuss kommunaler Straßenbau: Arbeitskreis Baumpflanzungen im Bereich von Versorgungsleitungen,
 - Die Anforderungen an den Baugrund gemäß DIN 1054 sind zu beachten.
 - Sollten bei Erdarbeiten, Bau- oder Abbrucharbeiten prähistorische oder historische Gegenstände (bewegliche oder unbewegliche), von denen bei ihrer Entdeckung anzunehmen ist, dass sie Kulturdenkmäler sind oder als solche gelten, gefunden werden oder Flurdenkmäler durch die Baumaßnahme betroffen sein, ist dies unverzüglich der Denkmalfachbehörde, also der Generaldirektion Kulturelles Erbe RLP, Direktion Landesarchäologie mündlich oder schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige kann auch bei der Unteren Denkmalfachbehörde der Kreisverwaltung der Verbandsgemeindeverwaltung oder der Gemeindeverwaltung erfolgen; diese leiten die Anzeige unverzüglich an die Denkmalfachbehörde weiter. Anzeigepflichtig sind der Finder, der Eigentümer des Grundstücks, sonstige über das Grundstück Verfügungsberechtigte, der Besitzer des Grundstücks und der Leiter der Arbeiten, bei deren Durchführung der Fund entdeckt wurde; die Anzeige durch einen dieser Personen befreit die Übrigen. Der Vorhabenträger ist auf die Anzeigepflicht- und Abberufungspflicht (§15-21 DSchG RLP) hinzuweisen. Der Baueingriff ist mindestens 2 Wochen vorher per Email über landesarchaologie-koblenz@gdke.rlp.de oder telefonisch unter 0261 6675 3000 anzuzeigen. Weiterhin sind der Vorhabenträger wie auch die örtlich eingesetzten Firmen darüber zu unterrichten, dass ungenehmigte sowie unangemeldete Erd- und Bauarbeiten in Bereichen, in denen archäologische Denkmäler vermutet werden, nach § 33 Abs. 1 Nr. 13 DSchG RLP ordnungswidrig sind.
 - Bei Bohrungen zur Gewinnung von Erdwärme ist zu beachten, dass keine hydraulischen und hydrochemischen Veränderungen in den Grundwasserleitern erfolgen. Es sind spezielle Auflagen einzuhalten, die im Rahmen der Einzelfallprüfung festgelegt werden.
 - Es wird darauf hingewiesen, dass die Behandlung von Bodenaushub gemäß den Vorgaben der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung sowie der Ersatzbaustoffverordnung erfolgt. Demnach sind künstliche Auffüllungen sowie der Wiedereinbau von Erdmassen nach Anordnung der Fachbehörden fachlich zu begleiten (Bodenkundliche Baubegleitung). (s. hierzu auch Bundesbodenschutzverordnung § 4 Abs. 5).
 - Wenn bei Baumaßnahmen Abfälle (z.B. Bauschutt, Hausmüll etc.) angetroffen werden oder sich sonstige Hinweise (z.B. geruchliche / visuelle Auffälligkeiten) ergeben, ist zunächst die Untere Abfall- und Bodenschutzbehörde ggf. auch die Untere Wasserbehörde bei der Kreisverwaltung und die SGD Nord, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz Koblenz umgehend zu informieren.
Bei Gefahr von Boden- und Gewässerverunreinigung ist sofort die Untere Wasser- und Bodenschutzbehörde zu informieren. Zuständig für den Landkreis Cochem-Zell ist darüber hinaus die SGD Nord, Koblenz.
 - Bei Eingriffen in den Baugrund sind grundsätzlich die einschlägigen Regelwerke (u.a. DIN 4020, DIN EN 1997-1 und -2, DIN 1054) zu berücksichtigen. Für Neubauvorhaben werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen empfohlen.

Textfestsetzungen

14. Die Aufstellung von Bauhilfsmitteln wie Kräne oder vergleichbare Gerätschaften, als temporäre Luftfahrthindernisse innerhalb eines Bauschutzbereichs militärischer Flugplätze in Deutschland, ist rechtzeitig (mindestens 3 Wochen vor geplanter Aufstellung) bei der militärischen Luftbehörde zu beantragen:
Luftfahrtamt der Bundeswehr, Referat 1 d. Postfach 90 61 10 / 529, 51127 Köln-Wahn
Mail: LufABw1d@Bundwehr.org
- Rechtsgrundlagen**
- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 12. August 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189) geändert worden ist
 - Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.07.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)
 - Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03.07.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)
 - Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. August 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189) geändert worden ist
 - Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 12. August 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189) geändert worden ist
 - Bundesfernstraßengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1208), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist
 - Landesstraßengesetz (LSrG) vom 01.08.1977 (GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Artikel 68 des Gesetzes vom 20.12.2024 (GVBl. S. 473)
 - Denkmalschutzgesetz RP (DSchG) vom 23.03.1978 (GVBl. S. 159), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 20.12.2024 (GVBl. S. 473)
 - Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 18.03.2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 23.10.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323)
 - Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.11.2024 (GVBl. S. 365)
 - Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) vom 08.10.2015 (GVBl. S. 283), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.06.2020 (GVBl. S. 287)
 - Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist
 - Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) vom 17.03.1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 306)
 - Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598, 2716)
 - Landesbodenschutzgesetz (LBodSchG) vom 25.07.2005 (GVBl. S. 302), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.06.2020 (GVBl. S. 287)
 - Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. August 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189) geändert worden ist
 - Landesplanungsgesetz (LPVG) vom 10.04.2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283, 295)
 - Landeswassergesetz (LWG) vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.07.2025 (GVBl. S. 305)
 - Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.12.2024 (GVBl. S. 473, 475)
 - Landeswaldgesetz (LWaldG) vom 30.11.2000 (GVBl. S. 504) zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.03.2020 (GVBl. S. 98)
 - Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Februar 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 52) geändert worden ist

jeweils in der zuletzt geltenden Fassung.

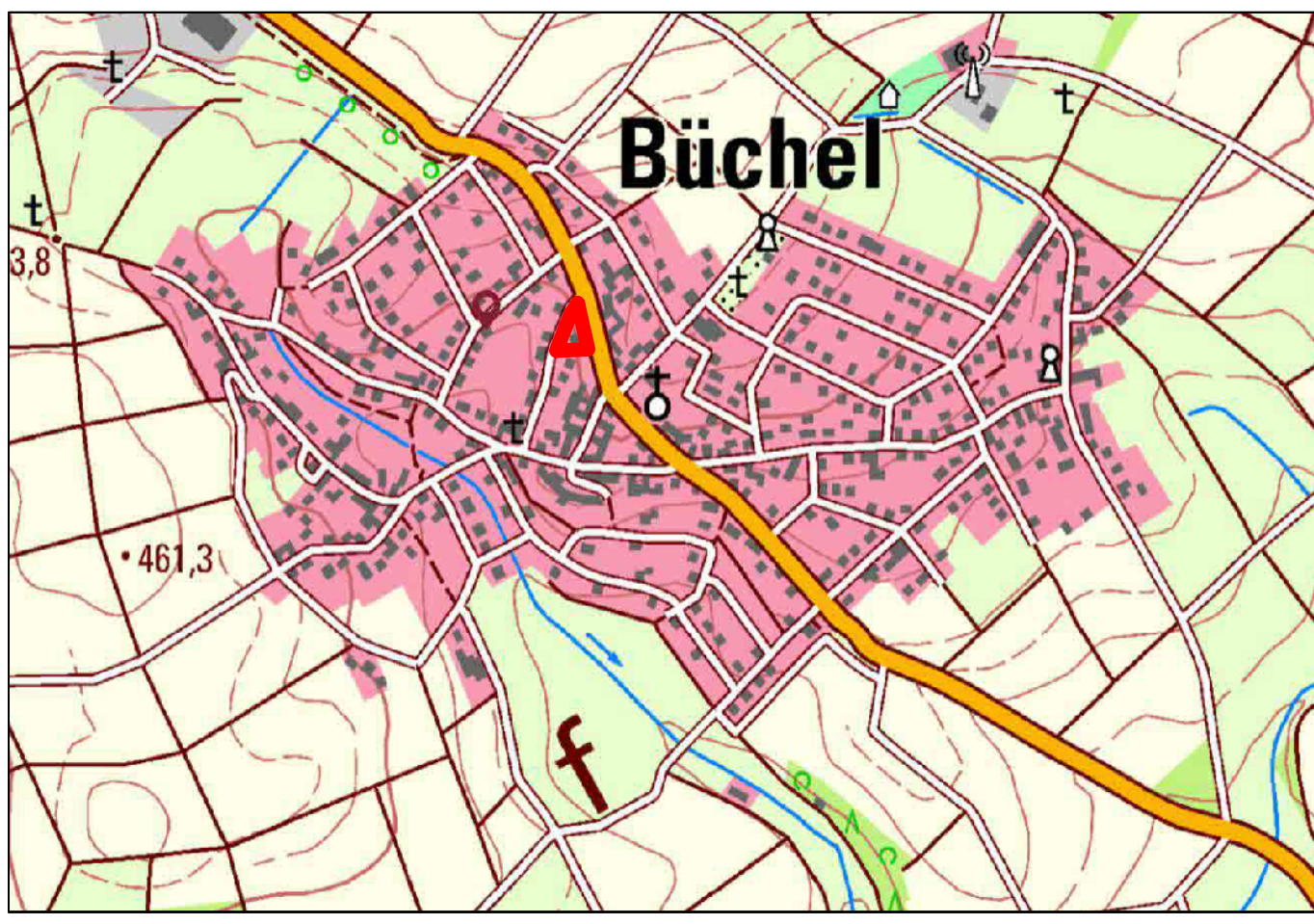
Plangrundlage

Datengrundlage: Geobasisinformationen der Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz (Zustimmung vom 15. Oktober 2002) ©Geobasis-DE/LVermGeoRP Januar 2025.
Die Planunterlage erfüllt die Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung.

Bestandteile des Bebauungsplan

Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung M. 1:1000 sowie den textlichen Festsetzungen. Die Begründung ist beigefügt.

Übersichtskarte (ohne Maßstab)



Projekt

| | | | |
|---|-----------------------|-------------------------------|--|
| Ortsgemeinde Büchel Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Seniorenresidenz Alte Post" | | | |
| Auftraggeber: Ortsgemeinde Büchel | Projektnr.: 01-891 | | |
| Phase: Satzung | Stand: September 2025 | | |
| Bearbeitet: Dipl.-Ing. Rolf Weber | Maßstab: 1:300 | | |
| | | Waldstrasse 14 56766 Ulmen | Tel.: 02676/9519110 Fax.: 02676/9519111 |